

Der Präsident des Wasserwirtschaftsverbandes Dr. Fetter verlangt die Schaffung eines Wasserwerkes, um eine einheitliche Behandlung der wasserwirtschaftlichen Fragen in allen Gebieten der Monarchie zu gewährleisten.

Elbe auch durchzuführen. Er bedauert die heutige Zersplitterung der Industrie in zahllosen Vereinen und erklärt, die Industrie muß sich, wenn sie bestehen und erfolgreich wirken will, zu einem einheitlichen Reichsverband der Industrie Oesterreichs umgestalten. Er glaubt, daß das Zustandekommen des Reichsverbandes gesichert ist und schließt mit den Worten: Nur in der Einheit liegt die Kraft! Redner bespricht schließlich die durch Verkehrserschwerungen geschaffene Lage in der Kohlenversorgung der Industrie.

Rede des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler.

Es ist eine äußerst erfreuliche Tatsache, daß die Regierung heute mit den vereinigten industriellen Verbänden, also zum erstenmal mit den Vertretern der gesamten österreichischen Industrie, unmittelbar Fühlung zu nehmen in der Lage ist. Ich speziell bin für die freundliche Einladung zu den heutigen Beratungen um so mehr zu Dank verpflichtet, als mir hiedurch Gelegenheit geboten wird, mich zu einigen wirtschaftspolitischen und besonders industriellen Fragen allgemeiner Natur in kurzen Worten zu äußern. Meine diesbezügliche Berichterstattung liegt wohl schon in dem Umfange, daß ich mich hier auf dem mit weitesten Gebiete bewege. Ich bin, das kann ich wohl sagen, ein Veteran der Wirtschaftspolitik, der von der Pike auf gedient hat. (Lebhafte Beifall.) Die Sporen auf diesem Felde habe ich mir als Anwalt der Industrie erworben, ich weiß daher besser als mancher anderer, was die Industrie für diesen Staat bedeutet. (Beifall.) Mit dem gleichen Ernste und der gleichen Liebe habe ich mich in einer späteren Periode meines Lebens den landwirtschaftlichen Interessen gewidmet und so bin ich zu jener Ueberzeugung gelangt, für die ich seit einem Jahrzehnt bei jeder Gelegenheit in Wort und Schrift einträte, nämlich zu der Ueberzeugung, daß zwischen den verschiedenen Produktionsgruppen kein anderes Verhältnis besteht und bestehen kann als dasjenige der innigsten Solidarität und daß es — soll man zu dieser Erkenntnis gelangen — nur der Engherzigkeit und der Vorurteilslosigkeit, mit anderen Worten der Sachkenntnis bedarf. (Zustimmung.) Dieser Gedanke hat vor dem Kriege nicht immer und nicht überall vollen Anklang gefunden. Im Kriege selbst aber haben wir wohl begreifen gelernt, daß unsere vaterländische Produktion ein geschlossenes Ganzes darstellt und daß wir uns auf nichts so sehr verlassen können und verlassen dürfen als auf unsere eigene Kraft. (Lebhafte Beifall und Zustimmung.) Das ist die große Lehre dieses Krieges. Sie weist uns darauf hin, daß wir aus wirtschaftlichen, aber auch aus politischen Gründen vor allem danach streben müssen, unser produktives Können zu heben, zu pflegen und nach Möglichkeit zu erhöhen. Ich behaupte, daß wir hierzu auch imstande sind, und es ist wohl kein blinder Optimismus, wenn ich dies ausspreche. Unsere Landwirtschaft — ich sage dies als Landmann und aus innerster Ueberzeugung — ist einer enormen Entwicklung fähig. Unsere Arbeiterkraft gehört zu den besten der Welt. Und was die Industrie anbelangt, so hat sie durch ungeheure Leistungen, durch eine geradezu geniale Anpassungsfähigkeit und durch die patriotische Engherzigkeit, mit welcher sie ihre reichen finanziellen Mittel dem öffentlichen Kreditbedürfnisse zur Verfügung stellte, es bewirkt, daß die Quellen der wirtschaftlichen und insbesondere der kriegswirtschaftlichen Versorgung nicht verfehlten. Sie hat hiedurch zu den glorreichen Siegen wesentlich beigetragen, die wir erfochten haben und die wir unter dem Oberbefehl unseres geliebten, gestern mit Gottes Hilfe aus schwerer Gefahr glücklich geretteten Kaisers durch den Heldenmut unserer und unserer Verbündeten Truppen eben jetzt wieder erringen. Eine noch bedeutsamere Rolle aber wird der Industrie in der Zukunft zu spielen. Neuestens komplizierte Aufgaben wird sie in der Uebergangswirtschaft zu erfüllen haben; und vollends wird sie, wenn wir einmal zu der von uns allen so heiß ersehnten Friedenswirtschaft gelangt sein werden, an dem ökonomischen und kulturellen Wiederaufbau unseres Vaterlandes in hoffentlich wieder ganz freier Betätigung des Unternehmungsgeistes (lebhafter Beifall) hervortreten mitwirken können sein. Freilich wird die Industrie auch dann nicht auf Rosen gebettet sein. Täuschung wir uns darüber nicht, daß wir alle schwere staatswirtschaftliche Lasten werden zu tragen haben; täuschen wir uns darüber nicht, daß die Industrie auch hier in der vorerwähnten Reihe stehen wird. Aber auch diese Opfer wird sie der Notwendigkeit darzubringen vermögen, freilich nur unter einer Voraussetzung: Wenn der Staat von dem eben Stomme der Industrie reiche Früchte abschöpfen will, so muß er sich sorgfältig davor hüten, diesem Stamme die Lebenskräfte zu entziehen (lebhafter langanhaltender Beifall und Handklatschen) oder gar die Art an seine Wurzel zu legen. Eine blühende Volkswirtschaft ist ohne eine blühende Industrie nicht zu denken. (Lebhafte Beifall.) An diesem Leitzge an en müssen wir festhalten in der inneren Volks- und Staatswirtschaft, aber auch bei Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande. Wir wollen den großen Markt, aber wir wollen auch den Schutz unseres Marktes, wo es not tut. Nicht von generalisierenden, sondern nur von individualisierenden, die Existenzbedingungen jedes einzelnen Produktionszweiges gewissenhaft prüfenden Methoden kann hier die Rede sein. (Erneuter lebhafter Beifall.) Dies ist meine Auffassung von dem Verhältnis des Staates zur Industrie. Sie werden mich und die Regierung immer an Ihrer Seite finden, wenn es sich darum handelt, Ihre vitalen Interessen zu schützen und zu fördern. (Lebhafte Beifall.) In diesem Sinne erlaube ich mir, die vereinten industriellen Verbände auf das herzlichste zu begrüßen und ihren heutigen Beratungen den erprieslichsten Verlauf zu wünschen. (Langanhaltender, lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Ein Friedensmanifest.

Kommerzialrat Heinrich Fetter, Präsident des Bundes Oesterreichlicher Industrieller, hält es für selbstverständlich, daß die erste Industriellenversammlung, welche während des Weltkrieges stattfand, an der wichtigen Frage, die alle am meisten berührt, der Frage von Krieg und Frieden, nicht vorübergehen könne. Der Redner protestiert dagegen, daß demagogische Angriffe gegen die Industrie erhoben werden und man ihren Vertretern in die Schuhe schiebt, daß sie, jedes menschlichen Gefühles har, die Verlängerung des Krieges wünschen und hinter jenen Parteien stehen, die als die Kriegshetze und Kriegsverlängerer bezeichnet werden müssen. Wir müssen dies um so mehr bedauern, als sogar in der ersten Kammer des Reiches ein hochangesehenes Mitglied derselben, Hjalmar Lammasch, es für gut befunden hat, diesen Angriff durch seine Autorität zu unterstützen. Die Industrie hat wohl durch ihre Arbeit, deren Intensität und Erfolge selbst Kenner der österreichischen Industrie übersehen haben, einen großen Anteil an dem Erfolg unserer Waffen. Aber trotz dieser großen Bedeutung der Industrie für den Krieg bleibt die Industrie ein Berufskreis, der wie kein anderer am Frieden interessiert ist und nur im Frieden bestehen kann. Und so hat uns nicht bloß unser menschliches Empfinden, unser Gedanken an unsere Brüder und Söhne,

die im Felde stehen, sondern auch unser materielles Interesse in den Kreis jener geführt, die einen baldigen ehrenvollen Frieden anstreben, einen Frieden mit den unzerstörten Grenzen und der unverletzten Machtstellung unserer und unserer verbündeten Reiche, mit denen wir einig wie im Kriege, so auch einig in den Kriegszielen sind. Wir haben es daher freudig begrüßt, als der Minister des Auswärtigen Graf Czernin, ebenso wie das deutsche Parlament unseren Feinden die Hand zu einem Frieden auf dieser Grundlage gereicht, wie wir auch eine Genugtuung darüber empfinden, daß trotz unserer großen Erfolge an der Südwestfront gegen unseren verräterischen Bundesgenossen Ministerpräsident Doitov v. Seidler auch jetzt noch auf dem gleichen Standpunkte steht, wie aus einer jüngsten öffentlichen Erklärung desselben hervorgeht. Aber weil unsere Feinde dieses Friedensangebot hochmütig zurückgewiesen haben, müssen wir unsere Waffen weiter sprechen lassen. Die Industrie wird weiter mit Anspannung aller Kräfte sorgen, daß die Bedürfnisse des Heeres gedeckt und die Bevölkerung im Hinterlande, soweit die Rohstoffe reichen, mit allen notwendigen Bedarfsgegenständen versorgt werde. Je erfolgreicher wir hier am Werke sein werden, desto mehr werden wir dem Frieden dienen.

Politischer Aktivismus der Industrie.

Reichsrats-Geordneter Max Friedmann, Vizepräsident des Bundes Oesterreichlicher Industrieller, legt dar, wie sehr wirtschaftliche Fragen von politischen abhängen und daß man, wenn man Wirtschaftspolitik betreiben wolle, auch allgemeine Politik betreiben müsse. Geistige und wirtschaftliche Kraft sind mächtige Faktoren im politischen Leben, in dem nicht nur die tote Zahl entscheidet. Der Redner erörtert sodann das unmittelbare wirtschaftliche Interesse der Industrie an der Besserung unserer innerpolitischen Zustände, befaßt sich im besonderen mit der nationalen Kreisrentierung und dem Verhältniswahlrecht. Redner beschäftigt sich auch mit der Regelung der politischen Frage und der damit im Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen Interessen. Zum Schluß gibt Abgeordneter Friedmann der Hoffnung Ausdruck, daß die Industrie, der stärkste Grundpfeiler unserer Finanz- und Volkswirtschaft, sich ihrer Verantwortung und ihrer Verpflichtung bewußt werde, aktive Politik zu treiben und mitzuarbeiten, uns aus der Enge des politischen Lebens herauszuführen.

Handelspolitik.

Arthur Kusler, Vizepräsident des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs: Die Handelspolitik muß sich auf das jeweils bestehende Verhältnis der in- und ausländischen Produktions- und Absatzbedingungen basieren. In erster Linie muß daher das Gebiet, für welches die Handelspolitik gemacht werden soll, und das Gebiet derjenigen Staaten, mit denen handelspolitische Abmachungen angestrebt werden sollen, genau feststehen. Dies allein ist ein Beweis, daß es im gegenwärtigen Augenblick unmöglich ist, präzise handelspolitische Forderungen aufzustellen. Die kürzlich beauftragten Bestrebungen zur Regelung der politischen Frage würden allein geeignet sein, unserer Handelspolitik eine neue Wendung zu geben. Die Angliederung eines neuen Produktions- und eines neuen Absatzgebietes ist geeignet, die handelspolitischen Voraussetzungen vollständig zu verschieben. Es können somit nur bestimmte Grundzüge, die sich aus der jetzigen allgemeinen Situation ergeben, entwickelt werden. Wir müssen die Vergrößerung unseres geschützten Absatzgebietes anstreben. Dies kann nur durch einen eigenen handelspolitischen Anschluß an die heute mit uns gemeinsam kämpfenden Länder, vor allem an das Deutsche Reich, erzielt werden. Als Form dieses engeren Anschlusses empfiehlt sich ein Wirtschaftsbandnis, das bei Aufrechterhaltung des erprieslichen Schutzes für die eines solchen bedürftigen Produktionszweiges über den Rahmen eines Handelsvertrages hinausgeht und eine aktive, gemeinsame Handelspolitik ermöglicht. Der Zweck eines solchen Wirtschaftsbandnisses wird es nie sein dürfen, sich von dem übrigen Auslande abzuschließen, sondern vielmehr durch Zusammenfassung eines freien Produktions- und Absatzgebietes den Abschluß von Handelsverträgen mit den neutralen und den heute feindlichen Staaten zu ermöglichen. Zweck dieser Handelsverträge muß es sein, uns eine gleich rechtliche Stellung für Warenbezug und Absatz im Weltmarkt zu beschaffen. Ein besonderes Gewicht muß unsere Handelspolitik auf den Handelsverkehr zu legen haben. Es wäre ein folgenschwerer Fehler, wenn die Einfuhrbeschränkungen, die wir uns vielleicht aus valutatorischen Gründen im Verbrauche ausländischer Waren auferlegen müssen, Einschränkungen in der Produktion zur Folge hätten. Wir müssen im Gegenteil dahin streben, unserer hochentwickelten Veredelungsindustrie die vollste Entfaltung ihrer Tätigkeit dadurch zu ermöglichen, daß sie im Bezuge ausländischer Rohmaterialien und Halbfabrikate zum Zwecke des Wiedereports in verarbeiteten Zustände von allen Beschränkungen befreit werde. Alle handelspolitischen Maßnahmen müssen von dem einen Gedanken getragen werden, den Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten Volkswirtschaftens durch möglichstste Befestigung aller der Produktion und dem Abfuge entgegenstehender Hindernisse zu fördern.

Richtlinien der Industriepolitik.

Generaldirektor Dr. Georg Günther referiert über die Richtlinien der industriellen Produktion und führt aus: Noch niemals sind die Menschen vor ähnlichen, in ihren Folgewirkungen noch nicht überschaubaren Verhältnissen gestanden wie in diesem Kriege. Die Uebel, welche sich bereits klar abheben, sind besorgniserregend. Unsere Warenpreise sind maßlos erhöht, unser Geld entwertet, unsere Valuta zerstört, unsere Staatsschulden zu schwindelnder Höhe angewachsen, eine große Zahl unserer besten geistigen und körperlichen Arbeiter gefallen oder verkrüppelt, die sozialen Verhältnisse grundlegend verfallen, das Kapital angefeindet und verpönt. Da bei Wiedereintritt des Friedens unsere Vorräte an Roh- und Hilfsstoffen vollkommen erschöpft sein werden und da die Reinstallationsarbeiten unsere Produktionskraft vollständig in Anspruch nehmen werden, werden wir nicht in der Lage sein, uns abgesehen von der Ausfuhr einzelner Naturprodukte und Spezialerzeugnisse, nennenswert am Export zu beteiligen, und deshalb gezwungen sein, die Wiederherstellung der Valuta für das erste in einer Ermöglichung der Einfuhr aller entbehrlichen Güter zu suchen, ohne indessen unsere Produktionskraft und unsere Gütererzeugung zu schwächen. Wir müssen trachten, sämtliche Rohstoffe und Fertigteile, welche wir bisher aus dem Auslande bezogen haben, aber auch im Inlande herstellen können, im Inlande erzeugen, und müssen durch Ersatzstoffe ersetzen, was wir in gleicher Form nicht im Inlande gewinnen können. Für die erste Zeit werden wir uns zur Beschaffung der aus dem Auslande herbeizuführenden Rohstoffe durch die vorübergehende Verschuldung im Auslande helfen können, müssen aber trachten, so rasch wie möglich durch eine intensive Produktion im Lande die Voraussetzungen für einen höheren Export zu schaffen. Die Erhöhung der heimischen Gütererzeugung wird auch durch größere Inanspruchnahme von papierernen Zahlungsmitteln erhöhend auf den Geldwert und durch das erhöhte Angebot ermöglichend auf die Warenpreise

wirken. So führt der Weg zu einer Gesundung unserer Wirtschaft nur über eine intensive Gütererzeugung vorausgesetzt, daß unsere innerpolitischen Verhältnisse in weiser Erkenntnis der Lehren dieses Krieges eine gründliche Wandlung zum Besseren erfahren. Nach dem Kriege werden uns wenigstens eine Million der tüchtigsten und leistungsfähigsten Männer fehlen, welche bei dem entsprechenden Prozentsatz an körperlichen Arbeitserzeugnisse im Werte von 3 1/2 bis 4 Milliarden herzustellen vermögen, das ist mehr, als wir bisher exportiert haben. Wenn wir trotz des verringerten Arbeiterstandes mehr erzeugen wollen, so ist eine Intensivierung der Produktion nötig. Hinsichtlich der Verwendung von Ersatzstoffen erinnere ich daran, daß die Einfuhr von Salpeter durch die mögliche Gewinnung des Luftstickstoffes überflüssig geworden ist, daß Kupfer für viele Verwendungszwecke durch Aluminium ersetzt werden kann, daß ein Teil der bisher eingeführten metallischen Brennstoffe durch die Hebung unserer Kohlenproduktion, der Rest durch die Zugutebringung unserer Wasserkraftenergie ersetzt werden kann. Zu ihrem Bedauern muß die Industrie sehen, daß sich die meisten mit ihr heute nur befaßten, um an den Gewinn der Kriegsgewinne die Industrie weit in den Schatten stellen. Ueber tritt die Regierung, obwohl sie sich als Förderin der Industrie erklärt, gegenteiligen Bestrebungen nicht mit der nötigen Engherzigkeit entgegen. Wir müssen verlangen, daß der behauerswerte demagogische Geist, welcher die Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte lähmt, so rasch wie möglich verschwindet. Ohne Aussicht auf gewinnbringende Betätigung wird das Kapital kaum die immerhin mit manchen Tausen verbundene Anlage in industriellen Unternehmungen suchen. Für die Zugutebringung unserer Bodenschätze, für die Ausnutzung unserer Wasserkraft, für die Spezialisierung und Verbilligung unserer Produktion ist der Zusammenfluß des Kapitals in großen Kapitalassoziationen erforderlich. Es muß deshalb wie ein Zeichen von Willfremdheit anmuten, wenn eine große Zahl unserer Parlamentarier gerade diese Kapitalassoziationen zum Gegenstande besonderer Anfeindung macht und die großen Gesellschaften, die dem Zweck intensiver Wirtschaftsführung am besten genügen, unter Straffunktion stellt. Für das erste muß unsere heimische Produktion, insbesondere die Erzeugung von Ersatzstoffen, gegen ausländische Konkurrenz geschützt und die Verwendung dieser Ersatzstoffe im Inlande unter staatlichen Zwang gestellt werden. Zweck Erhöhung unserer Kohlenproduktion müssen die durch die vor dem Kriege erfolgte Einbringung der Bergstechnologie vollkommen labil gestellten Besitz- und Rechtsverhältnisse im Kohlenbergbau stabilisiert werden. Soweit die Einfuhr der Kohle nicht durch eine Erhöhung unserer heimischen Kohlenproduktion ausgeschaltet werden kann, muß sie durch die Gewinnung elektrischer Energie aus unseren Wasserkraften ersetzt werden. Zur Erreichung dieses Zieles ist jedoch eine Vereinheitlichung und Vereinfachung unserer veralteten Wasserrechts, die Einbringung eines Elektrizitätsgesetzes mit besonderer Berücksichtigung der Befreiheit für die Führung elektrischer Leitungen dringend notwendig. Um die in die Milliarden gehenden Mittel für den Ausbau der Wasserkraft zu beschaffen, muß die Steuerfreiheit der Obligationenzinsen und die Aufhebung der Doppelbesteuerung der Aktienzinsen gewährt werden. Von großer Bedeutung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist auch eine Vervollkommenung unserer Verkehrsanlagen und eine möglichst rasche Beschaffung der durch den Krieg beschädigten, abgenutzten und zerstörten Verkehrsmittel. Bei der Verbesserung unserer Verkehrsanlagen ist auch auf die Elektrifizierung unserer Hauptbahnen ein großes Gewicht zu legen. Eine große Bedeutung kommt auch der Unternehmung unserer heimischen Schifffahrt und im besonderen der Ozean-schifffahrt zu. Trotz der finanziellen Bedrängnis, in der wir uns befinden werden, muß eine weitestgehende Finanzpolitik betrieben werden, welche vor produktiven Auslagen nicht zurücksteht. Mit Rücksicht auf den zu erwartenden Arbeitermangel und die notwendige Produktionssteigerung wird es notwendig sein, Maßnahmen zu treffen, welche zur Verminderung der Auswanderung führen. Des weiteren wird es notwendig sein, Absichten, welche direkt oder indirekt auf eine Verkürzung der Arbeitszeit abzielen, entschieden entgegenzutreten. Ein besonderes Augenmerk wird auch der Heranbildung unserer jungen Generation zuzuwenden sein und dabei das Schwergewicht darauf gelegt werden müssen, daß eine geringere Zahl von jungen Männern wie bisher die akademische Ausbildung erstrebt, dagegen wird ein höherer Wert auf die Vorbildung für die praktischen Berufe zu legen sein. Seien wir uns auch selbst unserer Kraft bewußt, lassen wir die Dinge nicht gehen, wie sie wollen, sondern lenken wir ihren Lauf mit der Kraft der Ueberzeugung, daß „Einigkeit stark macht“. Einig und kraftvoll vertreten, werden wir ein achtunggebietender Faktor unseres Staates werden.

Die Uebergangswirtschaft.

Dr. Johann Aupiger, Vizepräsident des Bundes Oesterreichlicher Industrieller: Unter den Industriellen, ob groß oder klein, herrscht die Ansicht vor, daß Zwangsorganismen und staatslicher Einzug so rasch als möglich zu befehlen sein werden und daß die Initiative des einzelnen eher, als in ihre Hände, der Unternehmungsgeist an seine alte Position wieder einzufügen sein wird. Die Vertreter jener Richtung, welche den Sozialismus des Krieges in den Staatssozialismus des Friedens konvertieren wollen, behaupten, daß der Krieg eine revolutionäre Tatsache sei, die alles auf den Kopf stellt und die Widerkehr zu jenen Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden, unmöglich gemacht hat. Sie sagen, daß man die Steuerlasten, die der Krieg verschuldet hat, wenn überhaupt, nur durch eine Umänderung des Wirtschaftssystems wieder zu tragen vermögen. Die bisherige Besteuerungsart müsse teils eine Umänderung, teils eine Ergänzung durch Monopole erfahren, die Steigerung der Produktivität und des Exportes bedinge eine Rationalisierung der Betriebsmethoden und in der Hauptsache Zwangsindikate. Demgegenüber darf man wohl behaupten, daß ein Beweis dafür schwer erbracht werden kann, daß Monopole ertragreicher sein müssen als alle anderen Steuerarten, und ebenso wird der Nachweis schwer werden, daß eine Zwangsorganisation mit staatlichem Einfluß leistungsfähiger ist als eine Wirtschaft, die auf der Tätigkeit des einzelnen, beziehungsweise auf der freiwilligen Organisation der Interessenten beruht. Insbesondere die Förderung nach der höchsten Export, der uns eine erträgliche Zahlungsbilanz verschaffen soll, ist sicher unerfüllbar bei Unterbindung der Initiative des einzelnen. Auf diesen Standpunkt haben sich in Deutschland die größten Wirtschaftsverbände gestellt und die deutsche Reichsregierung scheint in der Hauptsache von dem gleichen Auffassungen auszugehen. Und daß man in Ungarn, die Uebergangswirtschaft nur dahin auffaßt, daß sie sich ehebaldig überflüssig zu machen hat, haben wir erst unlängst aus dem Munde des ungarischen Ministerpräsidenten vernommen. Die spezifischen Probleme, welche der Uebergangswirtschaft gestellt sein werden, sind: Die Rohstoffbeschaffung, die Valuta und der Schiffsraum. Bezüglich der Rohstoffe beschaffung eine nicht man heute schon ziemlich allgemein